PHILIPPINEN-Symposium * 8.-9. Mai 2008 in Berlin

Anmerkungen zur Kontinuität struktureller Gewalt in den Philippinen

Dr. Rainer Werning

[Vortragsmanuskript]

* * * * * * * * * * * * * * * *

Vorbemerkung
Zum Hintergrund und für das Verständnis des Symposium-Themas scheinen mir seit Gründung der Republik der Philippinen am 4. Juli 1946 zumindest drei Faktoren von Belang zu sein, die konstitutiv sind für die Kontinuität struktureller Gewalt im Lande:

1) Ungebrochene Kollaboration der politischen Eliten mit der vormaligen Kolonialmacht USA und die Konservierung feudalen Grundbesitzes mittels systematischer „Pazifizierung";
2) Politisierung des Militärs während der Marcos-Ära (1966-86) und eine seitdem – zumindest über längere Zeit – praktizierte Militarisierung der Politik;
3) anhaltende bewaffnete Auseinandersetzungen angesichts einer uneingelösten Land-/Agrarreform und des schwelenden sog. Moro-Konflikts im Süden des Archipels im Kontext „des internationalen Kampfes gegen den Terror".

Ad 1:
Zwar wurden die Philippinen am 4. Juli 1946 im völkerrechtlichen Sinne ein souveräner Staat, doch die Machtprärogativen verblieben weiterhin bei den USA. Auf Drängen von General Douglas MacArthur, dem „Amerikanischen Caesar" (Manchester 1978) und Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Fernen Osten, zog mit Manuel Roxas ein Mann in Manilas Präsidentenpalast Malacanang ein, dessen zuvor pro-japanische Haltung die USA geschickt für ihre Zwecke instrumentalisierten. Gerade wegen seiner Vergangenheit war Roxas erpress- und manipulierbar. Kein Wunder, dass während seiner Amtszeit mit Washington ausgehandelte Gesetze die Dominanz der einstigen Kolonialmacht in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens festschrieben.

Allein die Verabschiedung solcher Verträge wie der Militärische Beistandspakt (1946), das Militärbasenabkommen (1947) und der 1951 geschlossene Gemeinsame US-amerikanisch-philippinische Sicherheitsvertrag gestattete es Washington, auf seinen Militärbasen Clark Air Field und Subic Naval Base, seinerzeit die größten außerhalb des nordamerikanischen Kontinents gelegenen Stützpunkte, extraterritoriale Rechte auszuüben und federführend „den inneren Aufruhr und die Subversion" zu bekämpfen. Gemeint war damit die Hukbalahap (Antijapanische Volksbefreiungsarmee, die sich später in Volksbefreiungsarmee umbenannte), die vor allem auf Luzon die Speerspitze des Widerstandes gegen die japanische Okkupation und eigenen feudalen *landlords* organisiert hatte. Da sich die Huks weigerten, ihre Waffen zu strecken und *neo*koloniale Herrschaftsinteressen zu akzeptieren, gerieten sie ins Visier der im Militärjargon kurz

genannten „Counterinsurgency" (Aufstands- bzw. Aufruhrbekämpfung). Immerhin dauerte es ein Jahrzehnt (bis Mitte der 1950er Jahre), bis es dem philippinischen „Ausnahmestaat“ mit Hilfe der militärstrategisch bedeutsamen Vereinten US-Militärberatungsgruppe (JUSMAG) gelang, der Hukbalahap das Rückgrat zu brechen. Was im Laufe dieses Anti-Huk-Feldzugs experimentiert worden war, diente später dem US-amerikanischen Oberkommando in Südvietnam als Blaupause für die *Operation Phönix* – sprich: „die Vietcong-Infrastrukturen zu neutralisieren".

Ad 2:
Im Gegensatz zu seinen Vorgängern zeichnete sich das Regime Ferdinand E. Marcos' durch eine Konzentration und Zentralisierung staatlicher Machtapparate aus, was vor allem das Militär beträchtlich aufwertete. In Verbindung mit den Polizeistreitkräften, der wegen massiver Menschenrechtsverletzungen im In- wie Ausland heftig kritisierten Constabulary/Integrated National Police (PC/INP), sollten mit allen Mitteln „nationale Sicherheit und Entwicklung" gewährleistet werden. Definierte sich Sicherheit durch die Ausschaltung „interner Subversion", so war Entwicklung gleichbedeutend mit einer Wirtschaftsstrategie exportorientierten Typs samt aller damit verbundenen Anreize für ausländisches Kapital.

Während des Kriegsrechts (September 1972 bis Januar 1981) wuchs das Militär von vormals 62.000 auf zirka 415.000 Mann an – inklusive paramilitärischer Einheiten und bewaffneter Sekten. Es galt die Militärgerichtsbarkeit, selbst wirtschaftliche Planungs- und Infrastrukturmaßnahmen wurden zunehmend Militärs überantwortet. Zu Beginn der 1980er Jahre stellten sie über die Hälfte aller mit Regionalentwicklung betrauten Präsidialbeamten (PROD). Zur Wahrung „nationaler Sicherheit und Entwicklung“ sollten mittels *Oplan Katatagan* (Operationsplan Stabilität) „Hirne und Herzen der Bevölkerung“ gewonnen werden. Priorität hatte diesmal die Vernichtung der Infrastruktur und Logistik der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) sowie der kommunistischen Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA).

Ebenso wenig, wie sich Zahnpasta zurück in die Tube pressen lässt, ließ sich in den zwei Dekaden nach dem Sturz des Diktators der unter seiner Ägide gewonnene Einfluss des Militärs und des Militärischen in der Politik eindämmen. Pikanterweise war es einer der Ko-Architekten des Kriegsrechts und Chef der PC/INP, General Fidel V. Ramos, der sein Gewicht in die Waagschale von Marcos-Nachfolgerin Corazon C. Aquino warf, um von 1992 bis 1998 selbst als Präsident zu amtieren. Weder enthielten bis dahin die zahlreichen Opfer des Kriegsrechtsregimes eine Entschädigung, noch wurden die während der Ära Marcos begangenen Menschenrechtsverletzungen seitens staatlicher Sicherheitskräfte rechtlich geahndet.

Ad 3:
Um den anhaltenden – auch bewaffneten Widerstand – seitens der Moros und der NPA ein für allemal zu brechen, propagierten die beiden Nachfolgeregierungen unter Joseph E. Estrada und Gloria Macapagal-Arroyo das Konzept des „totalen Krieges“. Während Estrada im Frühjahr 2000 die „Pulverisierung“ des muslimischen Widerstands ankündigte, will Frau Arroyo bis zum Ende ihrer Amtszeit 2010 die NPA „ausgemerzt“ wissen. Am 23. Juni 2006 erklärte sie in ihrer Eigenschaft als Oberkommandierende der Streitkräfte vor Offizieren der Philippinischen Militärakademie in Baguio City, dieses Ziel – so wörtlich – „ist der Kitt, der uns alle eint".

Um dieses Ziel zu erreichen und von Wahlmanipulationen und zahlreichen Korruptionsfällen abzulenken, schuf die Präsidentin eine umfassende juristische Infrastruktur, um ihre Macht zu wahren und legitimen Dissens zu kriminalisieren. In diesem Sinne sind „Oplan Bantay Laya II" („Operationsplan Freiheitswacht") als aktuelle Variante der Counterinsurgency sowie der Mitte Juli 2007 in Kraft getretene „Human Security Act of 2007" die beiden Seiten einer Medaille. Nämlich: den Streitkräften (AFP) dauerhaft die zentrale Rolle im „Krieg gegen den Terror“ zuzuweisen und Gegner dieser Politik – notfalls durch außergerichtliche Hinrichtungen – „auszuschalten“.

Eine solche Strategie hatte bislang aus zweierlei Gründen Erfolg. Erstens: Frau Arroyo genießt – zumindest noch – Rückendeckung seitens der manisch-repressiven Militärhierarchie, wie sie im Gegenzug denn alles tat, um deren Interessen und Forderungen nach Aufrüstung und verbesserten Waffensystemen zu entsprechen. Außerdem genießt sie – ebenfalls noch – die volle Unterstützung aus Washington. Dort hatte man bereits Anfang 2002 die Philippinen nach Afghanistan offiziell zur „zweiten Front im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus“ erklärt und seitdem eine ständig fluktuierende, zahlenmäßig nicht genau bekannte Zahl von US-Spezialeinheiten auf Mindanao und in Sulu stationiert. Wer nach 9/11 auf diesen Kurs einschwenkte, wie Frau Arroyo als erste Regierungschefin in Südostasien das offen und unmissverständlich tat, genießt das zweifelhafte Privileg, im Falle – auch massiver – Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen von einer Kultur der Straffreiheit zu profitieren. Zumindest ist dann kein kritisches Signal seitens einer weitaus mächtigeren Regierung zu vernehmen, die ihrerseits eine „Guantanamo-Justiz“ und Folter duldet und u.a. durch den Einsatz von Streubomben vielfach erst jene „Terroristen“ erzeugt, die zu bekämpfen sie vorgibt.

Dennoch mangelte es in den vergangenen Monaten nicht an Kritik. Nachdem Philip Alston, UN-Sonderberichterstatter für Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und willkürliche Exekutionen, sowie Martin Scheinin, UN-Sonderberichterstatter zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung Mitte Februar beziehungsweise Mitte März 2007 die philippinische Regierung aufforderten, die Straffreiheit der meist (para-)militärischen Täter aufzuheben und angemessenen Zeugenschutz zu garantieren, hat Manila nichts dergleichen unternommen. Die Regierung reklamiert für sich das Recht, jederzeit gegen „Terroristen“ vorzugehen, und sieht sich damit Schulter an Schulter mit der Bush-Administration. Nicht nur diese Politik kritisierte das Europäische Parlament in seiner einstimmigen Entschließung vom 26. April 2007. Es verurteilte überdies scharf die Ermordung von Frau Bustamante-Gandinao, einer Menschenrechtlerin, die nur wenige Tage nach ihrer Zeugenaussage gegenüber Professor Alston ermordet wurde. Außerdem forderte das Europäische Parlament in seiner Entschließung Manila auf, „die Sicherheit derjenigen zu gewährleisten, die im Rahmen des Programms für eine umfassende Agrarreform (CARP) eine Neuordnung von Grund und Boden beantragen, und die Umsetzung des Landreformprogramms zu beschleunigen, um eine der wesentlichen Ursachen der politischen Gewalt einzudämmen.“

Ausblick

Ergo: Was tun? Bedeutsam scheinen mir vier Aspekte zu sein: (a) beharrliche Kritik der Menschenrechtsverletzungen auf internationaler Ebene, um die jeweiligen Regierungen zu bewegen, Sanktionsmaßnahmen zu erwägen; (b) engere sozialpolitische Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Segmenten der Zivilgesellschaften hier wie dort ; (c) eine Internationalisierung des sog. Moro-Konflikts, um eine potenzielle neuerliche

Gewalteskalation einzudämmen, wie das z.B. das International Monitoring Team (IMT) vermochte und (d) ein Engagement internationaler Entwicklungszusammenarbeit im Sinne einer Land-/Agrarreform – im Jahre 20 des Comprehensive Agrarian Reform Program bzw. Law (CARP/CARL).

Quellen

* Alston, Philip (2007): *Press Statement – Professor Philip Alston, Special Rapporteur of the United Nations Human Rights Council on extrajudicial, summary or arbitrary executions*. Manila, February 21.
* Arlin, Geoffrey (1973): The Organisers, in: *Far Eastern Economic Review* (FEER, Hongkong) vom 2. Juli 1973, S. 16.
* Chomsky, Noam/Herman, Edward S. (1975): Massaker im Namen der Freiheit. Berlin.
* Ecumenical Movement for Justice & Peace (ed.) (2006): *Oplan Bantay Laya – A Primer.* Quezon City.
* Elinson, Elaine (1971): U.S. Train Counter-Insurgency Police for the Philippines, in: *Pacific News Service*, San Francisco.
* Hilao-Enriquez, Marie (2007): *Statement to the Hearing of the Subcommittee for East Asian and Pacific Affairs, Senate Foreign Relations Committee of the 110th US Congress* (led by Senator Barbara Boxer). Presented by Marie Hilao-Enriquez, Secretary-General, KARAPATAN - Alliance for the Advancement of People's Rights in the Philippines. Washington, D.C., March 14.
* Horlemann, Jürgen (1968): Modelle der kolonialen Konterrevolution – Beschreibung und Dokumente. Ffm.
* *Knowing the Enemy – Are We Missing the Point?* (2004?). A Power Point Presentation, General Headquarters of the AFP (Armed Forces of the Philippines). Quezon City. – Diese umfangreiche Powerpoint-Präsentation der AFP entstand höchst wahrscheinlich um die Jahreswende 2004/05 und wird seit Frühjahr 2005 als Kronjuwel der von den staatlichen „Sicherheitskräften" praktizierten Counterinsurgency landesweit eingesetzt, um fortschrittliche und linke Kräfte zu denunzieren und zu kriminalisieren.
* Lansdale, Edward Geary (1972): In The Midst of War: An American's Mission to Southeast Asia. New York. – Oberst Lansdale war Mitte der 1950er Jahre wichtigster CIA-Verbindungsmann zu Präsident Ramon Magsaysay in den Philippinen sowie zur südvietnamesischen Regierung in Saigon.
* *„Let the Stones Cry Out"* – An Ecumenical Report on Human Rights in the Philippines and a Call to Action (2007). Released by National Council of Churches in the Philippines (NCCP). Quezon City, March.
* Manchester, William R. (1978): American Caesar: Douglas MacArthur 1880-1964. Boston: Little, Brown & Co.
* *Independent Commission to Address Media and Activist Killings*/Created under Administrative Order No. 157 (s. 2006) / Report (2007) – besser bekannt als (José A.R.) MELO-Bericht. Quezon City, January 22.
* Taylor, George E. (1966): The Philippines and the United States: Problems of Partnership. New York/London.
* The Criminal Justice System of the Philippines is rotten – Special Report (2007), in: *article 2 of the International Covenant on Civil and Political Rights* 6.1: 196. Published & edited by the Asian Legal Resource Centre (ALRC) in conjunction with Human Rights SOLIDARITY, published online by the Asian Human Rights Commission (AHRC), Hong Kong, February = www.article2.org
* Valeriano, Napoleon D./Bohannan, Charles T.R. (1962): Counter-Guerilla Operations – The Philippine Experience, London.

*** * * * * * * * * * * ***

Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, ist u.a. Philippinen-Dozent bei InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) in Bad Honnef sowie Ko-Herausgeber des im Frühjahr 2009 im Horlemann Verlag (Unkel/Bad Honnef) in dritter Auflage erschienenen *„Handbuch Philippinen – Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur"* (384 S., € 14,90).